

Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus;

Antrag Nr. 2208 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 08.09.2000

**Verhandlung der Stadt München mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel,
eine Erinnerungsstätte im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes zu schaffen;**

Antrag Nr. 5469 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 12.12.2000

Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer;

Antrag Nr. 2390 von Herrn Stadtrat Fricke vom 12.12.2000

4 Anlagen:

1. Antrag Nr. 2208
2. Antrag Nr. 5469
3. Antrag Nr. 2390
4. Schreiben des Stadtarchivs vom 31.08.2001

Beschluss des Kulturausschusses vom 16.10.2001 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin:

1. Anlass für die Vorlage

Anlass für die Vorlage sind die im Betreff genannten Anträge, die sich alle auf das Thema „Erinnern im öffentlichen Raum“ und auf die Einrichtung von Gedenk- und Erinnerungsstätten zur NS-Zeit beziehen und aus diesem Grund in einer gemeinsamen Beschlussvorlage behandelt werden.

Dem Kulturreferat ist erst am 19.07.2001 die Federführung für alle im Betreff aufgeführten Anträge übertragen worden. Aus diesem Grund kann die Befassung durch den Stadtrat erst jetzt erfolgen.

Im Einzelnen lauten die Anträge wie folgt:

Antrag Nr. 2208, DIE GRÜNEN/RL

“Die Stadt München errichtet eine würdige Gedenkstätte an einem zentralen Ort in der Innenstadt für die Opfer des Nationalsozialismus und für die wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus Ermordeten. Als Orte hierfür werden insbesondere geprüft: der Königsplatz, der Jakobsplatz bzw. die unmittelbare Umgebung sowie die Möglichkeiten einer Aufwertung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus. Auch weitere Orte sollen vorgeschlagen werden.

Dieses Vorhaben soll mit allen Opferorganisationen besprochen werden. Ziel wäre die Errichtung bis zum 60. Jahrestag der Befreiung am 30.04.2005.

Für die Ausgestaltung dieser Gedenkstätte soll ein Wettbewerb ausgelobt werden.

Gleichzeitig soll für das ehemalige ‚NSDAP-Parteiviertel‘ zwischen Königsplatz, Karlstraße, Karolinenplatz und Gabelsbergerstraße eine Form der Erinnerung an die von dort ausgegangenen Verbrechen im öffentlichen Raum gesucht und umgesetzt werden. Dies soll eine künstlerische, städteplanerische oder architektonische Gesamtkonzeption sein. Hierfür wird ein Ideenwettbewerb ausgelobt.

In diesem Zusammenhang sind dem Stadtrat Überlegungen für ein Dokumentationszentrum am Königsplatz darzustellen. Es soll aufgezeigt werden, ob Möglichkeiten für ein Dokumentationszentrum in den unterirdischen Anlagen am Königsplatz bestehen oder auf einer der angrenzenden Freiflächen. Auch Vorschläge, die Sockel der ehemaligen „Ehrentempel“ entsprechend zu nutzen, sollen nochmals geprüft werden. In diesem Zusammenhang ist darzustellen, was aus den Wettbewerbsergebnissen von 1990 wurde, wo es um eine geplante Bebauung des Geländes des ehemaligen ‚Braunen Hauses‘ ging.

Die Landeshauptstadt München soll mit der Bayerischen Staatsregierung verhandeln in den Fällen, in denen die Gebäude im Besitz des Freistaates sind. Weiterhin soll die Stadt mit der Bundesregierung sowie der Stiftungsinitiative Erinnerung. Verantwortung. Zukunft über Möglichkeiten gemeinsamer Finanzierung verhandeln.“

Antrag Nr. 5469, BA 3 Maxvorstadt

“Die Landeshauptstadt München verhandelt mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel, im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes unter Einbeziehung vorhandener Gebäude eine Erinnerungsstätte (Dokumentationszentrum zur Entwicklung des Nationalsozialismus; Zentrale Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer) zu schaffen.“

Antrag Nr. 2390, Stadtrat Fricke

Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer. „Hiermit beantrage ich, dass für eine dem ersten Anlass angemessene würdige und sachgerechte Ausstattung dieser Gedenkstätte angemessene finanzielle Mittel in Höhe von mindestens 100.000 DM zur Verfügung gestellt werden.“

2. Vorschläge

- 2.1 Die Diskussion um die Errichtung einer Dokumentations-/Gedenkstätte erscheint dann sinnvoll, wenn zum einen ein gemeinsames Vorgehen von Staat und Stadt in dieser Angelegenheit realisierbar wäre und wenn zum anderen Einigkeit darüber hergestellt werden könnte, wie künftig der Umgang mit Geschichte im öffentlichen Raum zu gestalten ist. Entsprechende Klärungen müssen herbeigeführt werden. Eine Entscheidung über die Teilfinanzierung einer neuen Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer ist deswegen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.
- 2.2 Die Notwendigkeit, ein Konzept für den Umgang mit Geschichte, vor allem mit der Geschichte der NS-Zeit, im öffentlichen Raum zu erarbeiten, wird anerkannt. Denkbare Vorgehensweisen werden im Folgenden dargestellt.

3. Im Einzelnen

Grundsätzlich ist festzuhalten:

- a) Erinnerungsarbeit ist unerlässlich für die demokratische politische Kultur unserer Gesellschaft, mehr noch - sie ist Bestandteil unserer Kultur. Sie muss einerseits der Tatsache Rechnung tragen, dass es unterschiedliches und gegensätzliches Erinnern an die Vergangenheit gibt, dass aber gerade diese Unterschiede das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft, damit auch der Stadtgesellschaft, ausmachen, die sich von der eigenen Vergangenheit nicht distanzieren und das historische Erbe nicht ablehnen kann, sondern sich damit auseinander zu setzen hat. Eine Gesellschaft kann ohne Erinnerung nicht bestehen. Wie man erinnert, wie man gedenkt - darüber muss ein Diskurs geführt werden, der auch von Seiten der politisch Gestaltenden immer wieder gefordert wird und der Eingang in politische Entscheidungen finden muss. Beispielhaft dafür stehen die oben genannten Anträge wie auch die Anträge der Stadträte Monika Renner und Dr. Franz Forchheimer zur Erstellung einer Topographie historischer Ereignisse in München (s. Beschlussvorlage vom 16. Oktober 2001). Alle genannten Anträge tragen dazu bei, den Diskurs verstärkt zu führen.
- b) Die Erinnerung muss anschaulich sein und die Menschen im positiven Sinn ergreifen. Erinnerungsarbeit muss eingebettet sein in eine Vielzahl von anderen kulturellen Aktivitäten in der gesamtstädtischen Landschaft. Entscheidend ist, das Interesse der Menschen für ihre Geschichte und die Geschichte ihres Ortes zu wecken, sie zum Engagement zu ermuntern und das rein passive Konsumieren

von Geschichte zu reduzieren. Dies versucht das Kulturreferat seit Jahren und stößt dabei auf fruchtbaren Boden. Das Referat will damit eine Schärfung des Bewusstseins für historische Prozesse und Entwicklungen erreichen und die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stabilisieren. Es will zudem dazu beitragen, dass der städtische Raum auch als Raum von Geschichte und Geschichten anerkannt und angeeignet werden kann. Anders als in Zeiten geschichtlicher Abstinenz ist heute auch München stolz auf die lebendige und intensive Erinnerungsarbeit, die zum einen von der Stadt selbst in unterschiedlichen Projekten gefördert und zum anderen in den Stadtteilen und Vereinen mit großem Engagement und Ideenreichtum geleistet wird.

Situationsbeschreibung und Desiderate - Bemerkungen zu den Anträgen:

- a) Die Stadt München hat sich vor allem in den letzten 10 Jahren sehr intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Es geschah dies in vielen Ausstellungen, Veranstaltungsreihen und künstlerischen Projekten. Vereine, Initiativen und Institute wurden entsprechend gefördert.

Die umfangreiche Beschäftigung mit der NS-Geschichte schlug und schlägt sich nicht nur in einer großen Anzahl von Projekten nieder, sie wird auch sichtbar an den verstärkt geäußerten Wünschen, an bestimmte Ereignisse und Personen im öffentlichen Raum zu erinnern. Bereits im Jahr 1995 wurden entsprechende Anregungen und Forderungen von Seiten der Stadt aufgegriffen und im Rahmen einer Gedenkstättenkommission diskutiert, die unter der Leitung des Oberbürgermeisters zwei Mal tagte. Deren Aufgabe war es, „alle Vorschläge für Ehrungen, Benennungen und Gedenkstätten, vor allem bezüglich des Dritten Reiches und seiner Opfer und Auswirkungen zusammenfassend zu prüfen“. Vertreter der Stadtverwaltung, von staatlichen Institutionen und aus der Wissenschaft debattierten über die Verbindung zwischen „würdigem Erinnern und historischer Information“ und gaben Empfehlungen zum Umgang mit einer ganzen Reihe von Anträgen.

In den darauf folgenden Jahren sind weitere Anträge und Anfragen an die Stadtverwaltung herangetragen worden. Unabhängig von den Wünschen für neue Straßennamen oder den Anregungen für „Straßenergänzungsschilder“ (kürzlich: Antrag auf ein Ergänzungsschild an der Viscardigasse: Drückebergergasserl u.a.) wurden Gedenktafeln an Häusern gefordert, Bodentafeln, Mahn- oder Denkmale (kürzlich: die Errichtung eines Mahnmals für die nach Litauen deportierten Holocaust-Opfer im Stadtteil Au-Haidhausen oder eine Gedenktafel zur Erinnerung an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Au-Haidhausen oder die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an das Antonienheim in Schwabing) angeregt. So gibt es nach Auskunft des Baureferates

mittlerweile allein 39 (städtische) Erinnerungstafeln, die die NS-Zeit betreffen und sich dabei vor allem auf die Opfer des Nationalsozialismus, deren Verfolgung und auf den Widerstand beziehen. Weitere ca. 120 Mahnmale, Denkmäler u.ä. für die Opfer des Nationalsozialismus sind im Münchner Stadtgebiet zu finden. Sie erinnern beispielsweise an Fritz Gerlich, Georg Elser oder Alfred Delp, aber auch an die Euthanasieopfer (Waldfriedhof) oder die Displaced Persons (Friedhof Perla-cher Forst).

Deutlich wird, wie viel Erinnerung an die NS-Zeit, hier vor allem an die Opfer des NS-Terrors, im öffentlichen Raum stattfindet, gleichzeitig aber auch wie diffus und konzeptlos diese Erinnerungsorte oftmals erscheinen. In vielen Fällen ist deren geringe Erfahrungs- und Wahrnehmbarkeit das Ergebnis. Diese nicht zufriedenstellende Situation ist sicherlich nicht allein durch die Einrichtung einer zusätzlichen Gedenk- und Erinnerungsstätte verbesserbar, sondern vorerst einmal durch die Verstärkung und Förderung des Diskurses um die Präsenz von Geschichte - im Sinne der Anträge: von NS-Geschichte - im städtischen öffentlichen Raum.

- b) Präsent im Stadtbild, in der städtischen Architektur, jedoch im allgemeinen Bewusstsein so gut wie nicht vorhanden, sind die sogenannten Täterorte, die sich auf die enorm wichtige Rolle Münchens in der NS-Bewegung beziehen. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die Forderung nach einem Dokumentationszentrum in der Nähe des Königsplatzes gestellt. Auf diesen besonderen Punkt nehmen im wesentlichen die Anträge 2208 und 5469 Bezug. Die Diskussion um den Umgang mit den „kontaminierten“ Orten - hier vor allem der Königsplatz und die ehemaligen NSDAP-Bauten in seiner unmittelbaren Umgebung - wird seit Jahren in München geführt, ohne dass sich bislang eine Möglichkeit aufgetan hätte, über die vormaligen Funktionen dieser Örtlichkeiten ausführlich aufzuklären und entsprechend zu informieren und sie damit von jeglichem Nimbus zu entkleiden. Die Diskussion um den „richtigen“ Umgang entzündet sich regelmäßig zu unterschiedlichen Anlässen, so 1989/90 im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die zukünftige Bebauung des Geländes beiderseits der Briener Straße zwischen Königsplatz und Karolinenplatz. Oder im Jahr 1994 im Rahmen eines Symposiums über die NS-Architektur in München, wo Denkmalschützer, Stadtplaner, Historiker und Kunsthistoriker über den „richtigen“ Umgang mit dem NS-Erbe in München und über den politischen Willen zur Aufklärung darüber debattierten, oder im Zusammenhang eines Kunstprojekts von Wolfram Kastner zur Bücherverbrennung auf dem Königsplatz, oder im Jahr 1996 im Rahmen der Aufstellung einer Infotafel zur Geschichte des Platzes und seiner Umgebung.

- c) Seitens des Kulturreferates ist ein seit Jahren wachsendes Interesse an der Erfahbarkeit von NS-Geschichte im öffentlichen Raum feststellbar. So hat beispielsweise der Verein Insight e.V. zusammen mit dem Kulturreferat vor kurzem eine geführte Bustour zu den Orten der NS-Geschichte (u.a. Königsplatz, „Ehrentempel“, ehem. Wittelsbacher Palais, Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Odeonsplatz, ehem. Zentralministerium/Ludwigstraße, ehem. Luftgaukommando/Prinzregentenstraße) Münchens veranstaltet. Wegen des riesengroßen Andrangs musste nicht nur der größte Bustyp angemietet werden, den die Stadtwerke besitzen, die Tour musste am selben Tag wiederholt werden. Und dennoch - es konnte nur ein Teil der Wünsche nach Teilnahme befriedigt werden. Im Rahmen der Touren selbst war auffällig, wie groß einerseits das Informationsbedürfnis der Teilnehmenden war, andererseits aber auch wie gering die Kenntnisse über die Rolle der Örtlichkeiten in der NS-Zeit tatsächlich sind.

Dem Wunsch nach umfassender Information vor Ort steht die begründete Furcht gegenüber, dass es zu einer weiteren „Möblierung“ des öffentlichen Raums durch zusätzliche Gedenktafeln und Hinweisschilder kommen könnte. Dies wäre kontraproduktiv im Sinne eines Gesamtkonzepts zum Umgang mit Geschichte im öffentlichen Raum.

- d) Das Stadtmuseum wird im April des nächsten Jahres eine neue stadtgeschichtliche Abteilung in den Räumen der ehemaligen Altstadtbibliothek eröffnen. Die neue Ausstellung wird sich ausschließlich mit der NS-Bewegung und dem NS-Terror in München beschäftigen. Mit der Institutionalisierung einer eigenen stadtgeschichtlichen Abteilung wird der Notwendigkeit Rechnung getragen, dauerhaft über die Rolle der „Hauptstadt der Bewegung“ zu informieren. Die neue, etwa 330 qm große Abteilung des Stadtmuseums wird sich in erster Linie mit den stadtgeschichtlichen Bezügen der NS-Zeit auseinandersetzen, sie kann keinesfalls umfassend über Münchens Bedeutung für das „Dritte Reich“ und über die zentrale Rolle der Stadt für die NS-Bewegung u.a. als Sitz der Reichsleitung der NSDAP aufklären.

Zur Information: Ab 1933 entstand um die Achse Königsplatz/Karolinenplatz ein großes Parteiviertel, das sich von der Gabelsberger- bis zur Karlstraße, von der Luisen- bis zur Max-Joseph- und Barerstraße ausbreitete. Um 1939 befanden sich in diesem Areal bereits mehr als 50 Gebäude unter der Verwaltung der NSDAP. 1940 arbeiteten dort ca. 6.000 Menschen. Die Parteibauten waren zu einem autarken Komplex mit eigener Versorgung und Infrastruktur zusammengeschlossen; unterirdische Gänge vernetzten in fünf bis acht Metern Tiefe die wichtigsten Bauten. Dieser enorme technokratische Apparat garantierte das perfekte reichsweite Funktionieren der NSDAP bis 1945 und repräsentierte damit das parteipolitische Rückgrat der NSDAP. Der Königsplatz mit seinen „Ehrentempeln“

und dem Parteizentrum bildete jene für das „Dritte Reich“ so typische Symbiose von bürokratischer Perfektion, propagandistischer Agitation und pseudoreligiösem Kult.

Für diese über die stadtgeschichtlichen Bezüge hinausgehende Funktion der Örtlichkeiten für die Konstituierung, Präsenz und die reichsweite Bedeutung der NS-Bewegung und des „Dritten Reichs“ fehlen bislang – mit Ausnahme einer kleinen Hinweistafel in der Nähe der Musikhochschule – jegliche Bezugnahmen.

- e) Um alle genannten Desiderate mittel- und langfristig einzulösen, empfiehlt das Kulturreferat folgendes Vorgehen:

Die oben gemachten Ausführungen verdeutlichen, dass es nicht allein eine städtische Angelegenheit sein kann, die Errichtung eines Dokumentationszentrums auf dem Königsplatz zu diskutieren und zu fördern. Ein Großteil der fraglichen Orte befindet sich zudem in staatlichem Besitz.

Über die reichsweite Bedeutung der Stadt München für die NS-Bewegung zu informieren, ist ähnlich wie in Nürnberg, am Obersalzberg oder in der KZ-Gedenkstätte in Dachau auch eine Aufgabe in staatlicher Zuständigkeit. Die Stadt wird sich daher erneut an den bayerischen Staat wenden, der unseres Wissens derzeit keine Planungen auf dem Gelände der ehemaligen „Ehrentempel“ und des „Braunen Hauses“ verfolgt, um zu eruieren, ob es in der Angelegenheit „Dokumentationszentrum“ die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens geben könnte. In diesem Zusammenhang wird die Stadt zudem selbst eruieren, ob sich in der Nähe des Königsplatzes städtische Gebäude befinden, die für eine Teilnutzung als Dokumentationsstätte geeignet sein könnten.

In Anlehnung an die Anträge Nr. 2676 und Nr. 2686 (Frau Stadträtin Monika Renner, Herr Stadtrat Dr. Franz Forchheimer, s. Beschlussvorlage vom 16. Oktober 2001), die sich allgemein auf die Erstellung einer Topographie historischer Ereignisse (keine Beschränkung auf die NS-Zeit) beziehen, sollte geprüft und diskutiert werden, ob im Rahmen des in der Vorlage vorgeschlagenen künstlerischen Gesamtkonzepts eine „Geschichtsstraße“ zwischen Odeonsplatz und Königsplatz markiert werden könnte. Durch diese ließe sich in einem ersten Schritt der Weg Münchens in die NS-Diktatur und seine Rolle in der „Hauptstadt der Bewegung“ sinnfällig verdeutlichen (*Odeonsplatz*: Hitlerputsch, Vereidigung der Reichswehr auf Hitler u.a., *Brienerstraße*: Sitz der Gestapo, *Karolinenplatz*: Reichsrechtsamt/Leiter: Hans Frank, späterer Generalgouverneur für die deutsch besetzten polnischen Gebiete, Reichsführung der NS-Frauenschaft, Reichsschatzmeisterei, Oberstes Parteigericht der NSDAP, Deutsche Arbeitsfront, *Brienerstraße*: Parteizentrale der NSDAP im

„Braunen Haus“, *Königsplatz*: Ort der Aufmärsche, „Ehrentempel“, „Führerbau“, Verwaltungsbauten der NSDAP u.a.).

Zeitgleich mit der Eröffnung der Ausstellung über die NS-Zeit im Münchner Stadtmuseum (voraussichtlich April 2002) wird das Kulturreferat zusammen mit dem Stadtmuseum einen Plan in Vogelperspektive in hoher Auflage vorlegen. Anhand dieses kommentierten Planes können alle Interessierten diejenigen Orte erkunden, die im Stadtbild untrennbar mit dem NS-System verbunden sind. Dazu gehören die Gebäude um den Königsplatz genauso wie das ehemalige Kaufhaus Uhlfelder im Rosental, das während des Novemberpogroms im November 1938 Opfer nationalsozialistischer Zerstörungswut wurde. Dieser Plan kann aus der informativen Ausstellung hinaus in eine Anschaulichkeit führen, die von vielen immer wieder gefordert wird. Er wird in Zukunft zudem als Ergänzung für die beiden Stadtführer dienen, die als Stadtrundgänge konzipiert wurden und die Zeitspanne von 1919 bis 1949 umfassen. Sie wurden vom Kulturreferat in den Jahren 1993 und 1996 herausgegeben.

Die Frage einer „würdigen Gedenkstätte an einem zentralen Ort in der Innenstadt für die Opfer des Nationalsozialismus und für die wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus Ermordeten“ wird sich möglicherweise anders stellen, wenn die Einrichtung einer „*Geschichtsstraße*“ denkbar und realisierbar werden sollte und damit der Platz der Opfer des Nationalsozialismus einen inhaltlichen Bezugsrahmen erhalten könnte.

Die Bereitstellung von Geldern für die Finanzierung einer Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer stellt sich aus diesem Grund in der aktuellen Situation nicht.

Das Kulturreferat regt darüber hinaus an, die Diskussion über die Formen von Erinnerung im öffentlichen Raum in Zukunft koordiniert zwischen den betroffenen städtischen Referaten (vor allem Baureferat, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Kommunalreferat, Direktorium/Stadtarchiv) zu führen. Ob es nun um die Anbringung von Gedenktafeln oder um deren Anzahl im städtischen Raum, um „Straßennamenergänzungsschilder“, um Informationssäulen u.v.a.m. geht, eine Abstimmung und Information über das Vorgehen im Einzelnen wird in Zukunft für dringend erforderlich gehalten, wie es die Stellungnahme des Stadtarchivs an das Kulturreferat (s. Anlage Nr. 4) in dieser Frage eindrücklich belegt. Wir schlagen deswegen vor, dass das Kulturreferat drei Mal im Jahr die betroffenen Referate einlädt, um vorliegende Anträge zu diskutieren, über ein gemeinsames Vorgehen zu beratschlagen und verbindliche Abmachungen zu treffen.

Das Kulturreferat wird in den nächsten Monaten verstärkt Projekte unterstützen, die den Diskurs über das Erinnern und die Präsenz von Geschichte im öffentlichen Raum anregen, fördern und vertiefen.

Die Vorlage ist mit dem Baureferat, dem Direktorium/Stadtarchiv, dem Kommunalreferat, dem Münchner Stadtmuseum sowie dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt.

Die Vorlage muss als Nachtrag behandelt werden, da die Ergebnisse der Abstimmung mit den anderen Referaten nicht eher vorlagen. Die Behandlung ist erforderlich, um die im Vortrag genannten erforderlichen Schritte schnellstmöglich einzuleiten.

Der Korreferent des Kulturreferats, Herr Stadtrat Dr. Forchheimer, und der Verwaltungsbeirat für Stadtteilarbeit, Vereinsstelle, Volkskultur, Herr Stadtrat Schwetzler und die Stadtkämmerei haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag der Referentin:

Ich beantrage, Folgendes zu beschließen:

1. Das Kulturreferat wird beauftragt, sich erneut an den bayerischen Staat mit der Frage zu wenden, ob es in der Angelegenheit „Dokumentationszentrum/Königsplatz“ eine Möglichkeit des gemeinsamen Vorgehens geben könnte. In diesem Zusammenhang wird das Kommunalreferat zudem recherchieren, ob in der Nähe des Königsplatzes städtische Gebäude für eine Nutzung bzw. Teilnutzung als Dokumentationsstätte vorhanden sind.
2. Es wird geprüft, ob in Anlehnung an die „Topographie“-Anträge Nr. 2676 und Nr. 2686 (Frau Stadträtin Monika Renner, Herr Stadtrat Dr. Franz Forchheimer) und im Rahmen eines künstlerischen Gesamtkonzepts eine „Geschichtsstraße“ zwischen Odeonsplatz und Königsplatz markiert werden könnte, die den Weg Münchens in die NS-Diktatur und seine Rolle in der „Hauptstadt der Bewegung“ sinnfällig verdeutlicht.
3. Zeitgleich mit der Eröffnung der Ausstellung über die NS-Zeit im Münchner Stadtmuseum wird ein Plan in Vogelperspektive herausgegeben. Dieser kommentierte Plan zur NS-Geschichte Münchens wird aus der informativen Ausstellung hinaus in eine Anschaulichkeit führen, die von vielen immer wieder gefordert wird.
4. Das Kulturreferat wird drei Mal im Jahr vor allem Baureferat, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Kommunalreferat und Direktorium/Stadtarchiv zu Abstimmungsgesprächen über den verbindlichen Umgang mit Gedenktafeln, Informationssäulen u.a. im öffentlichen Raum bitten.

5. Das Kulturreferat wird in den nächsten Monaten verstärkt Projekte unterstützen, die den Diskurs über das Erinnern und die Präsenz von Geschichte im öffentlichen Raum anregen, fördern und vertiefen.
6. Das Kulturreferat wird dem Kulturausschuss einen Sachstandsbericht bis spätestens März 2002 vorlegen.
7. Die Anträge Nr. 2208 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 8.9.2000, Nr. 5469 des BA des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 12.12.2000 und Nr. 2390 von Herrn Stadtrat Fricke vom 12.12.2000 sind hiermit geschäftsordnungs- bzw. satzungsgemäß behandelt.

III. Beschluss:

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Ude
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dr. Hartl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. bis III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.

an R-S

an StD

an FG 1

an FG 10

an das Direktorium-Stadtarchiv

an das Baureferat

an das Kommunalreferat

an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

an die Direktion des Münchner Stadtmuseums

an das Direktorium-HA II/V1

(Az.: 452/N-00/1

452/N-00/2)

an das Direktorium-HA II/V2 GT

(Az.: 024/51-403 A-5469)

mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den

Kulturreferat

I. A.